

Mit den Zivis sind soziale Netzwerke weggefallen

Leiter der Pidinger Werkstätten diskutierte mit Gewerkschaftsvertretern über Alternativen

PIDING/BERCHTESGADENER LAND - Seit dem 1. Juli 2011 ist in der Bundesrepublik Deutschland die allgemeine Wehrpflicht ausgesetzt und damit auch der Zivildienst. Um über die Konsequenzen für die soziale Arbeit im Landkreis zu diskutieren, hatte die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di gemeinsam mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund zu einer Diskussion mit dem Leiter der Pidinger Werkstätten Hermann Seeböck eingeladen. Dabei wurde laut Pressemeldung deutlich, dass die Aussetzung erhebliche Auswirkungen nicht nur bei der Arbeit mit behinderten Menschen, sondern für viele soziale Einrichtungen hat.

Der DGB-Kreisvorsitzende Dieter Schaefer berichtete in seiner Begrüßung aus seinen Erfahrungen als Betriebsrat der Kreiskliniken und stellte fest: „Die Zivildienstleistenden fehlen uns in den Krankenhäusern.“ In seinem anschließenden Vortrag stellte Hermann Seeböck, Leiter der Pidinger Werkstätten, zunächst kurz seine Einrichtung vor, die nun seit mehr als 30 Jahren in Piding besteht. Dort sind mehr als 230 Menschen mit Behinderung tätig, die von über 40 Betreuern unterstützt werden. Von Archivierungsdienstleistungen über den Bau von Solarlampen bis zur Zusammenarbeit mit einer Brauerei reicht das Spektrum der Tätigkeit.

„Der Zivildienst war auch nach seiner Verkürzung auf sechs Monate ein wichtiger Faktor in unserer Arbeit“, stellte Hermann Seeböck dar. Die zusätzliche Unterstützung und Betreuung hat es den Pidinger Werkstätten ermöglicht, auch anspruchsvolle Aufträge von Firmen anzunehmen und die behinderten Menschen bei deren Umsetzung intensiv zu begleiten. Die Aussetzung des Zivildienstes bringe eine zusätzliche Arbeitsverdichtung für die Stammbesetzung mit sich. „Und bei manchen Aufträgen müssen wir uns jetzt sehr gut überlegen, ob wir sie überhaupt noch annehmen

pelten Abiturjahrgang einen relativ guten Zulauf und auch in den Pidinger Werkstätten werden seit vielen Jahren Menschen aus dem FSJ eingesetzt. Zurzeit sind es drei Personen. Hinzu gekommen ist der Bundesfreiwilligendienst, für den sich Frauen und Männer jeden Alters melden können, und der bis zu 24 Monate dauern kann. „Derzeit haben wir sechs Teilnehmer am Bundesfreiwilligendienst in unserer Einrichtung. Es haben sich zwar auch ältere Menschen intensiv informiert, aber momentan sind es hauptsächlich jüngere ‚Bufdis‘“, informierte Hermann Seeböck.

Ebenfalls ein relativ neues Konzept ist die sogenannte Bürgerarbeit. Menschen, die länger arbeitslos sind, können in diesem Rahmen in sozialen Einrichtungen beschäftigt werden und so ein zusätzliches Einkommen erzielen. Während die Erfahrungen mit den fünf Teilnehmern bisher sehr gut sind, kritisierte der Werkstättenleiter den bürokratischen Aufwand, der damit verbunden ist. „Wir haben als langjährig etablierte soziale Einrichtung mehrere Anläufe gebraucht und unsere Anträge immer wieder überarbeiten müssen, um Stellen im Rahmen der Bürgerarbeit genehmigt zu bekommen. Es ist kein Zufall, dass



Diskutierten über Alternativen zum Zivildienst: Güldane Akdemir, Ortsvorsitzende von ver.di; Hermann Seeböck, Geschäftsführer Pidinger Werkstätten, und Dieter Schaefer vom Deutschen Gewerkschaftsbund.

für den Zivildienst ist durch diese Möglichkeiten aber nicht geschaffen worden. „Ganz abgesehen von der Unterstützung bei der Arbeit hat der Zivildienst auch sehr zur hervorragenden Akzeptanz der Werkstätten in unserer Region beigetragen. Da wurden Freundschaften und Netzwerke geknüpft, die teilweise über Jahrzehnte gehalten haben“, erzählte Seeböck.

In der Diskussion über den Vortrag kritisierte die ver.di-Ortsvorsitzende Güldane Akdemir die mangelnde Anerkennung sozialer Berufe. „Wenn sich bei Bezahlung und Prestige nichts ändert, wird es sehr schwer, weiterhin Menschen für diese wichtigen Aufgaben zu finden.“

Der SPD-Kreisvorsitzende Roman

besondere junge Männer für die Arbeit dort zu gewinnen. Der 2. Bürgermeister von Bad Reichenhall Manfred Adldinger brachte die Diskussion auf den Punkt, indem er sich für zusätzliche Mittel für den sozialen Bereich aussprach. Im Umgang mit älteren, behinderten und pflegebedürftigen Menschen zeige sich, wie es eine Gesellschaft mit der Menschenwürde hält. Der ver.di-Bezirksgeschäftsführer Rainer Wessely stellte fest, dass der erwartete Zulauf von Arbeitskräften aus Osteuropa nach der Einführung der vollständigen Arbeitnehmerfreizügigkeit großteils ausgeblieben ist: „Offenbar ist die Tätigkeit als Krankenschwester oder Pflegekraft in Deutschland international nicht so attraktiv, wie manche ge-